

# Neue Energiepolitik statt Moratorium

Autor(en): **Forster, Ueli**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 3

PDF erstellt am: **01.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**Ueli Forster**

ist Präsident der  
economicsuisse, dem  
Dachverband der  
Schweizer Wirtschaft.

## NEUE ENERGIEPOLITIK STATT MORATORIUM

*Wollen wir wirklich, dass unsere Abhängigkeit vom Ausland zunimmt, die Preise steigen und die Umweltbelastung zunimmt? Das ist die Grundfrage, welche aus der Sicht der Schweizer Wirtschaft im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 18. Mai gestellt wird.*

**E**lektrische Energie gehört zu den wichtigen Produktionsfaktoren unserer Wirtschaft; die sichere, kostengünstige und verlässliche Elektrizitätsversorgung trägt entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz bei. Darüber hinaus hat die Strombranche selbst eine grosse wirtschaftliche Bedeutung: Insbesondere für die Speicherkraftwerke ist der Stromhandel ein wichtiger Faktor, welcher Arbeitsplätze und Einnahmen in den Bergregionen sichert.

Die Befürworter der beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» wollen mit der Stilllegung der Kernkraftwerke 40 Prozent der Schweizer Stromproduktion streichen – notabene bei einem nach wie vor zunehmenden Stromverbrauch. Unabhängig davon, wie dieser hohe Anteil ersetzt würde: Es ist mit Preissteigerungen und -schwankungen zu rechnen. Dies schränkt die Wettbewerbsfähigkeit ein und vergrössert die Auslandabhängigkeit.

Das Argument, mit dem Verzicht auf Stromexporte könne auf Schweizer Kernkraft verzichtet werden, stimmt nicht, auch wenn wir einen Exportüberschuss an Strom ausweisen: Im November und Dezember tritt im Grundlastbereich ein Bedarfsüberschuss auf, und wir sind dann zwingend auf Stromimporte angewiesen. Technisch wie wirtschaftlich unsinnig wäre es, den Spitzenstrom aus den Speicherkraftwerken im Grundlastbereich einzusetzen.

### Ein Ausstieg ist wirtschaftsschädlich

Was wären die Folgen eines Atomausstiegs in der Schweiz? Erstens: Das Bremer Energie-Institut rechnet mit Stilllegungskosten von 62 (bei sofortigem Ausstieg) bzw. 46 (beim Ausstieg durch die Hintertüre) Milliarden

Franken. Zweitens führt ein Ausstieg zu einer stärkeren Auslandabhängigkeit. Drittens verursacht jede realistische Substitutionsmöglichkeit eine Zunahme des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Mit Blick auf die Zielsetzungen der Schweizer Klimapolitik – Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses um 10 Prozent – ist es kurzfristig, die Schweizer Kernkraftwerke abzustellen. Der Ausstieg hätte eine Zunahme des Kohlendioxid-Ausstosses um 13 Prozent und des Stickoxid-Ausstosses um acht Prozent zur Folge, wenn auch nicht unbedingt in der Schweiz, so doch im benachbarten Ausland, was genauso schädlich ist.

Der Ausstieg aus der Kernenergie wäre mit einer Abnahme des Bruttosozialproduktes um 0,6 Prozent verbunden. Das Bundesamt für Energie kommt zum Schluss, dass bei einem vorzeitigen Ausstieg der Strom für den Endkonsumenten um bis zu zwanzig Prozent teurer werden könnte. Dabei nicht mitgerechnet sind CO<sub>2</sub>-Abgaben und die Strukturanpassungskosten.

«MoratoriumPlus»: Im Gegensatz zum 1990 angenommenen Moratorium handelt es sich bei dieser Initiative um einen Ausstieg in Raten. Der Betrieb der Kernkraftwerke soll willkürlich auf 40 Jahre beschränkt werden. Für eine zehnjährige Betriebsverlängerung wird für jedes einzelne Kernkraftwerk ein Volksentscheid verlangt. Die Finanzierbarkeit der nötigen Nachrüstung wird wegen der langen Zeiträume also praktisch verunmöglicht.

Zur Substitution: Aus technischen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Gründen ist das Potenzial zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie oder Wind in der Schweiz viel zu gering. Lösungen im Ausland, beispielsweise mit «Windfarmen», müssten aber – und dies nicht nur bei uns – zuerst einmal politisch akzeptiert werden. ♦